Queerpolitischer Beirat			9. Sitzungsprotokoll
Sitzungstag: 23.06.2022	Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr	Sitzungsende: 18:00 Uhr	Sitzungsort: Video-Konferenz
Teilnehmende: Ali Tutar, Annette Kemp, Annette Mattfeldt, Christian Linker, Christian Schütt, Clara Friedrich, Freddy, Greta Riemann, Holger Welt, Jochen Schiffmann, Lars Jeschke, Lucie Veith, Magnus Buhlert, Maike-Sophie Mittelstädt, Maja Tegeler, Melanie Morawietz, Ninon Lübben, Paulina Meinecke, Silke Ladewig-Makosch, Ulrike Illies, Ulrike Osten, Ulrike Peter, Wilko Zicht			
Moderation: Maike-Sophie Mittelstädt			

Folgende Tagesordnung wurde vorab an die Teilnehmenden per E-Mail versendet:

1. Begrüßung

2. Aktuelles

- Bericht über die Situation und Aufnahme von queeren Geflüchteten aus Afghanistan
- Vorstellung der neuen, durch die Senatorin für Kinder und Bildung geschaffenen Stelle
- Bericht über Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss zum Themenbereich „Parität in Bremer Parlamenten“

3. Umsetzung des Aktionsplans gegen Homo-, Trans*- und Interphobie

- Vorstellung der Umsetzung des Aktionsplans im Bereich Inneres
- Fragen, Vorschläge und Antworten

4. Verschiedenes

TOP 1: Begrüßung

Maike-Sophie Mittelstädt begrüßt alle Teilnehmenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Tagesordnung vor. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung und das Protokoll zur Sitzung vom 23.03.2022 werden beschlossen.

TOP 2: Aktuelles

2.1. Bericht über die Situation und Aufnahme von queeren Geflüchteten aus Afghanistan

Christian Linker berichtet über die Situation von queeren Geflüchteten aus Afghanistan. Er teilt mit, dass nur wenig Personen nach Bremen kommen. Den Familien von queeren Geflüchteten soll ein Nachzug ermöglicht werden. Christian Linker hofft, dass der Nachzug von Familien problemlos funktioniert.

2.2. Vorstellung der neuen, durch die Senatorin für Kinder und Bildung geschaffenen Stelle

Annette Mattfeldt berichtet von dem großen Bedarf von queerer Bildung an Schulen und der Notwendigkeit die Lehrkräfte an den Bremer Schulen in diesem Bereich zu qualifizieren. Für die Aufklärungsarbeit an den Schulen konnte mithilfe der Senatorin für Kinder und Bildung eine Stelle mit einem Zeitkontingent von 30 Wochenstunden geschaffen werden. Die Stelle ist seit dem 1. Juni 2022 besetzt. Es wurden schon Gespräche mit LIS (Landesinstitut für Schulen?) und der Senatorin für Kinder und Bildung über Fortbildungsformate geführt. Die Schulaufklärung betrifft nur die Schulen in der Stadtgemeinde Bremen, aber es ist ein Termin mit dem Magistrat Bremerhaven geplant. Davon wird auf der nächsten Sitzung unter dem Punkt „Aktuelles“ berichtet.

Annette Kemp gibt an, dass Ulrike Osten einen Großteil der Arbeit im Bereich Bildung und LSBTIQ* übernommen hat und sich umfangreich vernetzt, auch in den Schulen.

2.3. Bericht über Verfassungs- und Geschäftsausschuss zum Themenbereich „Parität in Bremer Parlamenten“

Kai Wargalla stellt den Prozess zum Thema „Parität in Bremer Parlament“ kurz vor. Das Thema ist seit ca. zweieinhalb Jahren aktuell und die Bremische Bürgerschaft hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, ob ein Gesetz in Bremen grundsätzlich möglich wäre. Das Gutachten zeigt auf, dass es landes- und verfassungsrechtliche Bedenken gibt und schlägt daher vor, dass durch farbliche Balken der Anteil von Männer, Frauen, inter*, divers bzw. nicht-binäre Personen sichtbar gemacht wird.

Der Gleichstellungsausschuss möchte durch den Staatsgerichtshof prüfen lassen, ob dies ein Weg wäre. Die Bremische Bürgerschaft hat diesem Antrag zugestimmt.

Kai Wargalla bemängelt, dass bei der Erstellung keine queerpolitische Komponente beteiligt wurde. Daher wurde der Prozess nun angehalten und an den Queerpolitischen Beirat überwiesen. Auf der nächsten Sitzung im September soll es in die inhaltliche Diskussion gehen und dafür ca. 4-5 Wochen vorher ein Termin für eine Arbeitsgruppe geplant werden. Die erforderlichen Dokumente schickt Kai Wargalla vorab an Greta Riemann zwecks Weiterleitung an den Beirat. Eine Terminabfrage wird vor den Sommerferien erfolgen.

Maike-Sophie Mittelstädt merkt ebenfalls an, dass der im Dokument verwendete Ausdruck „Queerpersonen“ ein ausgedachtes Wort ist und lediglich Anknüpfungspunkte für die Feststellung des Geschlechts fehlen.

Auf Nachfrage gibt Kai Wargalla an, dass die Änderung des Wahlgesetzes ohnehin für die Wahlen im Jahr 2027 und nicht für die kommende Wahl vorgesehen ist.

Auf der nächsten Sitzung im September soll es in die inhaltliche Diskussion gehen.

TOP 3: Umsetzung des Landesaktionsplans im Bereich Inneres

3.1. Vorstellung der Rückmeldungen im Bereich Inneres

Lars Jeschke betont, dass durch die Belastung durch Corona und den Krieg in der Ukraine das Innenressort mit der Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans*- und Inter*phobie nicht so weit fortgeschritten ist wie erhofft.

Ulrike Illies berichtet von der Aufnahme von „sexuelle Identität und geschlechtliche Orientierung“ in Art. 3 GG und der Abschaffung des Transsexuellengesetz. Die aktuelle Bundesregierung hat dazu bereits im Koalitionsvertrag Punkte genannt und es ist abzuwarten, was da tatsächlich umgesetzt wird. Hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit wird betont, dass deutlich werden muss, an wen sich Menschen, die Opfer von Hasskriminalität geworden sind, wenden können. In einigen Monaten wird eine Person bei der Senatorin für Justiz und Verfassung benannt, die als Ansprechperson für alle Fragestellungen, die den Bereich LSBTIQ* betreffen, fungiert.

3.2. Fragen, Vorschläge und Antworten

Teilnehmende aus dem Beirat erkundigen sich nach der Besetzung der Stelle der LSBTIQ*-Ansprechperson. Dazu wird es aus dem Innenressort eine Rückmeldung geben, ob diese krankheitsbedingt oder aus anderen Gründen aktuell nicht besetzt ist.

Einige Nachfragen betreffen das Migrationsamt, dazu betont Lars Jeschke, dass es sich dabei um Bundesrecht handelt und es zwar einen gewissen Ermessensspielraum gibt, aber kein direkter Einfluss auf die Regelungen besteht.

Ulrike Illies erklärt auf Nachfrage, dass für die Organisationsverfügung für die Staatsanwaltschaft eine Sonderzuständigkeit für Hasskriminalität aller Art erstellt wurde.

Teilnehmende des Beirats geben an, dass bei Fortbildungen und Schulungen im Bereich Diversität darauf geachtet werden muss, dass die Inhalte breit genug aufgestellt sind und alle Aspekte beinhalten bzw. auf die Inhalte der Zielgruppe entsprechend angepasst werden. Bei geplanten Schulungen der Ressorts kann das Konzept im Beirat gerne vorgestellt werden.

TOP 4: Verschiedenes

Für den Punkt Verschiedenes gibt es keine Anmeldungen.

Anlagen

- Rückmeldungen auf Fragen des Beirats zum Stand der Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie im Bereich Inneres